

Sehr geehrte Frau Dobberstein,

vielen Dank für Ihre Nachricht. Mit folgender Nachricht haben Sie sich an uns gewandt:

Sehr geehrte Frau Kramp-Karrenbauer,

am 23.6.19 haben Sie bei Anne Will Respekt für die Menschen auf dem Land und deren Lebensweise eingefordert. Seitdem treibt mich die Frage um, was Sie gemeint haben könnten.

Sicher haben Sie nicht gemeint, dass Menschen, die in heterosexuellen Beziehungen leben oder Männer in Führungspositionen respektiert werden sollen, denn beide Gruppen werden nicht diskriminiert und müssen sich nicht rechtfertigen.

Vermutlich haben Sie gemeint, dass die patriarchalen Strukturen auf dem Land respektiert werden sollen und Menschen respektiert werden sollen, die in solchen Strukturen weiterleben möchten.

Aber was ist dann mit Menschen, die in solchen Strukturen keine Chance auf Teilhabe haben, z.B. Frauen und Homosexuelle? Sollen oder müssen diese die ländlichen Räume verlassen, damit die Befürworter patriarchaler Strukturen nicht mit deren Bedürfnissen konfrontiert werden und ungestört ihr Leben in althergebrachten Strukturen weiterleben können?

Ich selbst bin vor drei Jahren mit meiner Lebensgefährtin aus Hamburg in meine Heimatregion zurückgekehrt und bekleide seitdem in einer Kleinstadt mit 50.000 Einwohnern die Position der Geschäftsführerin der Wirtschaft- und Marketinggesellschaft. Inhaltlich ist das mein Traumjob und ich leiste eine herausragende Arbeit. In nur 30 Monaten habe ich eine seit 30 Jahren brach liegende Kaserne revitalisiert, seit mehr als 20 Jahren wieder eine Fläche für eine Gewerbe- und Industriefläche erworben und bereits entwickelt, ein Sanierungskonzept für eine weitere Brachfläche erarbeitet, 2 neue innerstädtische Veranstaltungen entwickelt und institutionalisiert sowie eine dritte stark vergrößert und die Stadthalle vollständig umstrukturiert. Ich führe eine Gesellschaft, die im letzten Jahr einen Umsatz von immerhin 17 Mio. € hatte.

Trotz dieses Traumjobs und meiner großen Erfolge leiden meine Lebensgefährtin und ich große Not. Zum einen habe ich Schwierigkeiten, dass ich als Frau in meiner Führungsrolle akzeptiert werde, zum anderen, und das ist noch viel schlimmer, wird meine Lebensgefährtin und unsere Beziehung nicht akzeptiert. Ihr wird, wenn möglich, nicht die Hand gegeben, oder wenn es sich gar nicht vermeiden lässt, wird sie dabei nicht angeschaut. Sie wird nie als meine Lebensgefährtin vorgestellt, sondern bestenfalls als meine Begleiterin, obwohl wir die Beziehung offen leben. Die Gesellschaft in dieser Kleinstadt macht meine Lebensgefährtin unsichtbar und negiert die Beziehung. Welche Wahl bleibt uns: meinen Traumjob aufgeben, mein Elternhaus verkaufen und weggehen – mit Mitte 50? Mich von meiner Lebensgefährtin trennen? Das geforderte Versteckspiel mitmachen? Oder von der ländlichen Gesellschaft verlangen, dass sie im 21. Jahrhundert ankommt und mir und meiner Lebensgefährtin unser Recht auf Teilhabe einräumt? Wenn Ihre Aussage bei Anne Will richtig wäre, dann könnte die letzte Frage nicht mit ja beantwortet werden, aber würden Sie wirklich eine der ersten Fragen mit ja beantworten - ich hoffe nicht. Vor diesem Hintergrund, würde ich mich freuen, wenn Sie Ihre Aussage bei Anne Will noch einmal überdächten und ggf. änderten.

Ich habe große Angst, dass wir mit Ihnen, Herrn Merz und/oder Herrn Spahn wieder in die Helmut-Kohl-Jahre zurückrutschen. Das waren dunkle Jahre für mich, in denen ich hart um mein Selbstbewusstsein und um meine Teilhabe kämpfen musste. Meine Familie war tief in der CDU verwurzelt und respektierte all die Strukturen, für die Sie nun Respekt verlangen. Dazu gehörte, dass Frauen zuhause bleiben sollten. In der Konsequenz war Bildung für Mädchen überflüssig. So durfte ich aufs Gymnasium nur deshalb gehen, weil es sich um eine katholische Mädchenschule handelte,

auf der man auch handarbeiten lernte und erst am letzten Tag der Einschreibefrist, nach einem durchweinten Sommer erlaubte mir mein Vater die Universität – weil ich auf einer Technischen Universität die besten Chancen hätte, einen Mann kennenzulernen, der mich ernähren könnte...

Nie hätte ich mir vorstellen können, je die CDU zu wählen, aber unter Angela Merkel ist die CDU so glaubhaft in die Mitte gerückt, dass ich tatsächlich angefangen hatte, Ihre Partei zu wählen. Das kann ich mir derzeit nicht mehr im Ansatz vorstellen. Vielmehr habe ich Angst, dass die Gesellschaft und Ihre Partei wieder so weit nach rechts rutscht, dass ich all die Teilhabe, für die ich mein ganzes Leben so hart kämpfen musste und die ich gerade erst gewonnen habe, wieder verliere.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Monika Dobberstein

Von: Albers, Jessica <jessica.albers@cdu.de>

Gesendet: Mittwoch, 8. Januar 2020 16:54

An: Dobberstein, Monika <monika.dobberstein@gmx.de>

Betreff: Ihr Schreiben an die CDU CRM:00680272

Sehr geehrte Frau Dobberstein,

vielen Dank für Ihr Schreiben an die CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Entschuldigen Sie bitte die späte Rückmeldung. Aufgrund der Vielzahl von Anfragen konnten wir Ihnen leider nicht früher antworten.

Ihre Ausführungen zur aktuellen Lage habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen und möchte mich für Ihre Einschätzungen bedanken. Ihre Kritik habe ich dementsprechend aufgenommen.

Leider kann ich auf Ihren konkreten Fall nicht näher eingehen. Eine umfassende Prüfung und Bewertung des Sachverhalts ist uns trotz der von Ihnen mitgeteilten Schilderungen aus der Distanz weder in tatsächlicher noch in rechtlicher Hinsicht möglich.

Jedoch möchte ich beifügen, dass der Respekt für alle Menschen gelten sollte unabhängig der Sexualität. So ist es auch im Grundgesetz verankert:

Artikel 3:

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Gerne sind wir auch in Zukunft bei Fragen und Anregungen für Sie da!

Ich wünsche Ihnen noch eine angenehme Woche.

Mit freundlichen Grüßen aus Berlin

Jessica Albers

CRM-Team
Bürgerservice der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Von: Dobberstein Prof. Dr., Monika

Gesendet: Sonntag, 24. Mai 2020 16:24

An: 'ministerpraesident@stk.nrw.de'; 'jens.spahn@bundestag.de'

Betreff: Frauenfeindlichkeit und Homophobie: CDU wählt leistungsstarke Geschäftsführerin nicht wieder

Sehr geehrter Herr Laschet,
sehr geehrter Herr Spahn,
sehr geehrte Damen und Herren,

seit September 2016 bin ich Geschäftsführerin der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH, obwohl die CDU einen klassischen Wirtschaftsförderer mit CDU-Hintergrund favorisiert hatte.

Die Wirtschaft und Marketing Soest GmbH ist keine gewöhnliche Wirtschaftsförderungsgesellschaft, sie bewirtschaftet auch die Stadthalle, ist Veranstalter großer Stadtfeste und hat unter meiner Ägide drei, jeweils 10 ha große Flächenentwicklungen betrieben. Ihr Geschäftsführer benötigt deshalb ein größeres und vielfältigeres Know-how als ein klassischer Wirtschaftsförderer normalerweise besitzt.

Ich selbst habe mehr als 20 Jahre Erfahrung in der Immobilienwirtschaft und habe sowohl wissenschaftlich als auch in der Immobilienwirtschaft immer an der Schnittstelle von Immobilie und Stadt gearbeitet. Das hat mich in die Lage versetzt, der Stadt in den ersten 44 Monaten meiner Amtszeit bereits 13,4 Mio. € zu sichern und große Risiken, die durch Fehlkalkulationen meines Vorgängers entstanden waren, zu einem guten Ende zu führen. So habe ich in nur 30 Monaten die Adam-Kaserne entwickelt, die 30 Jahre brach lag und habe die Stadt dabei vor einem 5-6 Mio. € teuren Desaster bewahrt, nach vielen Jahren endlich ein neues Gewerbe- und Industriegebiet entwickelt und das nahezu kostendeckend sowie unhaltbare Zustände in der Stadthalle in Bezug auf Mitarbeiterführung, Sicherheit und Kundenzufriedenheit aufgedeckt und beseitigt, um nur meine größten Erfolge zu nennen. Meine detaillierte Erfolgsbilanz füge ich Ihnen bei.

Aber obwohl die Haushaltsdisziplin zum Markenkern der CDU gehört, will die CDU nun meine Wiederwahl nicht befürworten. Ich bin Mitte 50 und wenn ich nun meinen ersten Wirtschaftsförderungsjob nach nur 3 Jahren verliere, werde ich es sehr schwer haben, überhaupt je wieder einen Job zu bekommen. Die Nicht-Wiederwahl gefährdet deshalb meine Existenz. Deshalb wende ich mich heute mit der Bitte um Hilfe an Sie:

Jeder, mit dem ich in den letzten Tagen gesprochen habe, hat keinen Zweifel daran, dass der Bürgermeister Dr. Ruthemeyer mir nie eine Chance gab. Er könne und wolle einfach nicht mit Frauen in Führungspositionen arbeiten. Erschwerend käme hinzu, dass ich lesbisch sei und dies offen lebe. Was mir passiere, sei mindestens einer weiteren Frau in gleichem Maße passiert. Andere Frauen in Führungspositionen gibt und gab es in der Stadtverwaltung erst gar nicht.

Auch für mich selbst deutet vieles darauf hin, dass mich der Bürgermeister von Beginn an möglichst schnell wieder loswerden wollte. Nur unter dieser Annahme machen viele Einzelereignisse Sinn, z.B. dass

- der Bürgermeister mich nicht einmal begrüßt hat und es bis heute nie den Versuch von ihm gab, mich persönlich kennenzulernen, z.B. bei einem gemeinsamen Mittagessen;
- es von Beginn an nur kurze Audienzen in großen Zeitabständen im Beisein des Planungsamtsleiters gab und diese Termine sogar ganz abgeschafft werden sollten, nachdem das Amt des Baudezernenten geschaffen wurde;
- schwere, haltlose Vorwürfe gegen mich nie intern vorgebracht wurden, sondern immer Coram Publico im Aufsichtsrat oder Rat und zudem an die Presse gespielt wurden;
- der Ton der Aufsichtsratsmitglieder der CDU derartig unterirdisch war, dass andere Teilnehmer sich nach eigener Aussage am liebsten unter den Tisch verkrochen hätten;
- Pressekampagnen gegen mich nicht gestoppt oder wegen Petitionen sogar selbst losgetreten wurden;
- im Aufsichtsrat der Stadtwerke der Eindruck erweckt wurde, ich würde der Wohnbau Soest GmbH Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau vorenthalten, obwohl das Gegenteil richtig ist;
- der WMS die sensationellen Erlöse aus dem Verkauf eines denkmalgeschützten Blockes zur großen Teilen weggenommen wurden, um sie der Wohnbau in Form von Grundstückspreisen weit unter Herstellungskosten zugutekommen zu lassen, obwohl dies kaum positive Effekte auf die Wohnungsbaugesellschaft, aber große negative Effekte auf die Wirtschaft und Marketing Soest GmbH und die Stadt selbst hatte;
- als Begründung für meine Nichtwiederwahl vorgeschoben wird, dass ich meine Mitarbeiter*innen schlecht behandelte, ohne mir zu erklären, was konkret man mir vorwirft und ohne mir die Gelegenheit zur Verteidigung zu geben. Dabei ist es ein Treppenwitz, dass die Gerüchte vermutlich durch meinen kaufmännischen Leiter verbreitet werden, der für die unhaltbaren Missstände an der Stadthalle und insbesondere für die grauenvolle Mitarbeiter*innenführung dort verantwortlich ist und den ich entmachtet habe, um die Mitarbeiter*innen an der Stadthalle vor ihm zu schützen;
- meine sensationelle Leistungsbilanz bei meiner Wiederwahl weggewischt wird, obwohl die darin verkörperte Haushaltsdisziplin den Markenkern der CDU ausmacht.

Derzeit wird offensichtlich, dass die Stadt ihr Klinikum nicht im Griff hat. Obwohl sie dort bereits seit mehreren Jahren ein Krisenmanagement betreibt, in kurzen Zeitabständen mehrfach Millionenbeträge zur Abwendung der Insolvenz eingebracht und im letzten Jahr über eine Fusion verhandelt hat, wusste sie offensichtlich nicht, wie schlecht es um das Klinikum bestellt ist und dass ein weiterer Sanierungsbedarf in einem Umfang von über 40 Mio. € besteht. Nun will der Bürgermeister knallhart aufklären!

Gleichzeitig trennt sich die CDU mitten im Wahlkampf unter vorgeschobenen Gründen von einer Geschäftsführerin, die ihren Laden im Griff hat, sensationelle wirtschaftliche Erfolge erzielt und die unhaltbaren Missstände in der Stadthalle aufgeklärt und beseitigt hat. Das ist eine interessante Wahlkampfstrategie und macht den Willen zur Aufklärung im Klinikum unglaubwürdig.

Frau Kramp-Karrenbauer hat im Juni letzten Jahres bei Anne Will gesagt: „Dass zum Beispiel diejenigen, die in einem Dorf auf dem ländlichen Bereich leben, den Respekt dafür verdienen, dass die Art, wie sie zusammenleben, genauso akzeptiert wird wie die Art, wie Menschen zum Beispiel in Berlin oder sonst wo zusammenleben.“ Seitdem räsele ich, was sie von Menschen erwartet, die in einem patriarchalen, homophoben und rassistischen Gesellschaftsklima, dass sie offenbar meint, keine Chance auf Teilhabe haben: sollen meine Lebensgefährtin und ich den ländlichen Raum

verlassen, mein Elternhaus aufgeben und zurück in die Großstadt gehen oder sollen wir denjenigen, die uns diskriminieren auch noch Respekt zollen oder ist es einfach Blödsinn, was Frau Kramp-Karrenbauer gesagt hat und auch die ländlichen Räume müssen endlich im 21. Jahrhundert ankommen und aufhören, Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Glaubens oder ihrer Herkunft zu diskriminieren.

Aber ganz offensichtlich hat Frau Kramp-Karrenbauer ländliche Räume, wie z.B. Wallerstein ermutigt, zu bekennen, dass sie nicht reif für Muslime, Frauen und offen lebende Homosexuelle in Führungspositionen sind. Nun riskiert Soest mit einer solchen Politik, ebenfalls in die Bundespresse zu geraten.

Sie beide stehen für eine andere CDU und es kann auch nicht in Ihrem Interesse sein, dass die CDU hier unangenehm auffällt. Deshalb wende ich mich direkt an Sie und bitte Sie dringend um Hilfe! Mir ist bewusst, dass Sie mir offiziell antworten werden, dass Sie sich nicht in die kommunale Politik einmischen können. Um eine solche Antwort brauchen Sie sich nicht bemühen, aber bitte helfen Sie mir im Hintergrund.

Die Wiederwahl findet am 24.6. im Rat statt, am 4. Juni gibt der Aufsichtsrat bereits eine Empfehlung ab. Ich benötige Ihre Hilfe also schnell.

Da ich nie erfahren werde, ob Sie mir geholfen haben oder nicht, bedanke ich mich für den Fall dass bereits an dieser Stelle im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Monika Dobberstein

Geschäftsführerin



Wirtschaft & Marketing Soest GmbH
Teichsmühlengasse 3, 59494 Soest
Tel.: 02921-103 6010/ Fax: 02921-860 10

m.dobberstein@soest.de

www.wms-soest.de / [Datenschutz](#)

Von: monika.dobberstein@gmx.de <monika.dobberstein@gmx.de>

Gesendet: Donnerstag, 11. Juni 2020 17:59

An: 'jessica.albers@cdu.de' <jessica.albers@cdu.de>

Betreff: WG: Ihr Schreiben an die CDU CRM:00680272

Sehr geehrte Frau Kramp-Karrenbauer,

ich hatte mich im letzten Jahr bereits einmal an Sie gewandt (siehe Email-Verkehr unten), weil ich es fatal fand, dass Sie bei Anne Will Respekt für die Lebensweise des ländlichen Raumes gefordert und damit Städte wie z.B. Wallerstein ermutigt hatten, zu bekennen, dass sie nicht reif für Muslime, Frauen und offen lebende Homosexuelle in Führungspositionen sind.

Nun bitte ich Sie in dieser Angelegenheit ganz konkret um Hilfe!

Ich bin Geschäftsführerin der Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Soest, einer Stadt mit 50.000 Einwohnern. Obwohl ich nach 3 ¼ Jahren eine herausragende Bilanz vorzuweisen habe – siehe https://www.facebook.com/wirtschaftundmarketingsoest/posts/3874023125972259?_tn_=_K-R – betreibt der Rat unter Federführung des CDU-Bürgermeisters meine Nichtwiederwahl, die am 24.6. stattfinden soll.

Ich bin überzeugt davon, dass die wahren Hintergründe darin begründet sind, dass ich in vielerlei Hinsicht nicht in die Provinz passe: als Frau in einer Führungsposition, mit meiner Sozialisierung in liberalen, urbanen Milieus und als lesbische Frau.

Obwohl die Position des Wirtschaftsförderers wegen ihrer hohen Öffentlichkeitswirksamkeit von enormer Bedeutung für den Bürgermeister ist, hat er unserer Zusammenarbeit nicht einmal eine Chance gegeben:

1. der Bürgermeister hat mich nicht einmal begrüßt und es hat bis heute nie den Versuch von ihm gegeben, mich persönlich kennenzulernen, z.B. bei einem gemeinsamen Mittagessen;
2. es gab von Beginn an nur kurze Audienzen in großen Zeitabständen im Beisein des Planungsamtsleiters und diese Termine sollten sogar ganz abgeschafft werden sollten, nachdem das Amt des Baudezernenten geschaffen wurde;
3. schwere, im Übrigen haltlose Vorwürfe gegen mich wurden nie intern vorgebracht, sondern immer coram publico im Aufsichtsrat oder Rat;
4. der Ton der Aufsichtsratsmitglieder der CDU war derartig unterirdisch, dass andere Teilnehmer sich nach eigener Aussage am liebsten unter den Tisch verkrochen hätten;
5. Pressekampagnen gegen mich wurden nicht gestoppt oder wegen Petitesse sogar selbst losgetreten;

Dazu ist die Ablehnung vieler Ratsmitglieder mit Händen zu greifen. Wenn ich z.B. mit meiner Lebensgefährtin eine Veranstaltung besuche,

- Dann drehen sich viele weg und tun so, als ob sie uns nicht gesehen haben,
- Wenn es sich gar nicht vermeiden lässt, meiner Lebensgefährtin die Hand zu geben, dann schafft derjenige es nicht, meine Lebensgefährtin dabei anzuschauen
- Obwohl ich meine Lebensgefährtin als solche vorstelle, umschreibt der Gastgeber sie im Folgenden als meine Begleiterin, Mitstreiterin, etc. Auch der Soester Anzeiger berichtet von ihr nicht als meiner Lebensgefährtin, sondern von „der Lippstädterin“, als ob es sich um irgendeine x-beliebige Bürgerin aus der Nachbarstadt handele.

Dabei müsste ich bei objektiver Betrachtung eigentlich die Kandidatin der CDU sein:

- Dann könnte diese mit der Entwicklung von 2 Großprojekten – bei denen ich den Bürgermeister vor einem millionenschweren Desaster bewahrt habe -, neuen Stadtfesten und einer neu positionierten Stadthalle Wahlkampf machen. Das sind eigentlich klassische CDU-Themen.
- Und als Partei der Haushaltsdisziplin hätte die CDU meinem Umbau der WMS zu einem unternehmerisch geführten Haus mit einer höheren Professionalität, Schlagkraft und Kundenfreundlichkeit eigentlich unterstützen müssen. Stattdessen instrumentalisiert sie, um sich meiner zu entledigen, das Gejammer der wenigen, vereinzelt Mitarbeiter*innen, die sich diesem Umbau widersetzen und begründen meine Nichtwiederwahl mit meinem vermeintlich schlechten Umgang mit Mitarbeiter*innen. Es würde mich nicht einmal wundern, wenn sie diese Mitarbeiter*innen sogar selbst angetriggert haben, um sich über mich auszukotzen.
- Die CDU könnte mit meiner Hilfe auch Ihre Glaubwürdigkeit bei der Aufklärung und dem Aufräumen am städtischen Klinikum – das ihnen gerade um die Ohren fliegt - unterstreichen. Aber sie entledigt sich lieber jemandes, der die Missstände an der Stadthalle aufgeklärt und beseitigt hat.
- Die CDU könnte auch zeigen, dass sie entgegen der allgemeinen Annahme mit einer Frau in einer Führungsposition klarkommt. Aber ihr ist kein Mittel zu peinlich, um sich der einzigen Frau im Führungsteam zu entledigen. Nun sucht sie mit großem Belastungseifer sogar schon nach Formfehlern wie die Eintragung der Emailadressen im offen einsehbaren Adressfeld bei meinen Emails an den Rat (die Adresse sind nicht geheim, sondern stehen auch auf der website der Stadt).

Die Abneigung, vielleicht sogar der Ekel des Bürgermeisters aber sind so groß, dass er all seine politischen Instinkte ausschaltet und mich offen ablehnt. Dabei weiß er sonst sehr gut, dass es ihm nutzt, wenn er seine „Feinde“ umarmt, „Fridays for future“ erdrückt er dabei fast. Es sind mir noch keine zwei Meinungen untergekommen, dass er Frauen in seinem Team nicht ertragen kann. Die einzige, die es je gab, hat er wohl ebenso dazu gedrängt, auf ihre Wiederwahl zu verzichten, genau wie er das bei mir jetzt auch versucht.

Deshalb wende ich mich direkt an Sie und bitte Sie dringend um Hilfe! Mir ist bewusst, dass Sie mir offiziell antworten werden, dass Sie sich nicht in die kommunale Politik einmischen können. Um eine solche Antwort brauchen Sie sich nicht bemühen, aber bitte helfen Sie mir im Hintergrund.

Ich habe das gleiche Anliegen am 25.5. bereits an Herrn Laschet und Herrn Spahn herangetragen und heute auch Anne Will und Johannes Kram (Nollendorfblog) um Unterstützung gebeten.

Da ich nie erfahren werde, ob Sie mir geholfen haben oder nicht, bedanke ich mich für diesen Fall bereits an dieser Stelle im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Monika Dobberstein

Geschäftsführerin

Von: monika.dobberstein@gmx.de <monika.dobberstein@gmx.de>

Gesendet: Dienstag, 16. November 2021 15:59

An: 'ministerpraesident@stk.nrw.de' <ministerpraesident@stk.nrw.de>

Betreff: Bitte um Hilfe! Drohender Justizskandal bei der StA Arnsberg um Soester Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich möchte Sie bitten, Ihr politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, um einen bereits lange andauernden politischen Skandal zu beenden und zu vermeiden, dass er sich zu einem juristischen Skandal ausweitet.

Hier meine Geschichte in absoluter Kurzform:

- Im vergangenen Jahr wurde ich trotz einer nachweisbar herausragenden Leistungsbilanz als Geschäftsführerin der kommunalen Wirtschaft und Marketing Soest GmbH nicht wiedergewählt.
- Als ich öffentlich sagte, dass ich überzeugt sei, dass dabei auch Misogynie und Homophobie eine gewichtige Rolle gespielt haben, kündigte mir der Stadtrat fristlos: meine Aussage sei eine boshafte, ehrverletzende Beleidigung.
- Der Aufsichtsrat – aber vor allem wohl der Bürgermeister, Dr. Ruthemeyer, als Treiber des Geschehens - war sich sicher, dass ich nicht klagen würde und hatte vor dem Hintergrund dieser Annahme keinerlei Skrupel, mir selbst das vorzuenthalten, was mir rechtlich zustand: die Nennung des Kündigungsgrundes (habe ich erst später im Gerichtsprozess erfahren), ein Zeugnis und die Auszahlung von Urlaubs- und Überstundenansprüchen. Natürlich war der (Aufsichts)Rat auch zu keiner Aufarbeitung der Geschehnisse bereit, meine vielen Vorschläge zu einer Mediation wurden sämtlich abgelehnt.
- So trieb mich der Aufsichtsrat dann doch in die Klage. In der Klageerwiderung lies der Aufsichtsrat proaktiv vortragen, warum ich nicht wiedergewählt worden sei. Ich konnte nachweisen, dass diese Behauptungen unsubstantiiert waren und es sich zumeist sogar um dreiste, infame Lügen handelte, die planvoll und zielgerichtet in die Welt gesetzt worden waren, um meine Wiederwahl zu verhindern und nun auch vor Gericht wiederholt wurden. Mindestens eine der Lügen ist eindeutig Dr. Ruthemeyer zuzuordnen, wobei ich davon ausgehe, dass auch die anderen direkt von ihm kommen. Ungerührt wurde darüber hinaus sogar über Vorkommnisse gelogen, die in Aufsichtsratsprotokollen festgehalten wurden (z.B. darüber, dass ich die Themen einer Aufsichtsratsitzung gekippt hatte, um über den unangemessenen Umgang mit mir zu sprechen und dass aus dem Aufsichtsrat bei dieser Aussprache sogar das Wort „Mobbing“ gefallen war).

Mein Vorschlag, das Verfahren im Rahmen einer Mediation im Güterichterverfahren fortzusetzen und damit die Öffentlichkeit zu vermeiden, lehnte der Aufsichtsrat ab, genauso wie ein Vergleichsvorschlag des Gerichtes. Mit all den Lügen drängte der Aufsichtsrat unbedingt in die öffentliche Gerichtsverhandlung. Erst als das Gericht ob der fehlenden Vergleichs-Bereitschaft anregte, die Entscheidung im schriftlichen

Verfahren zu erlassen, gab der Aufsichtsrat nach. Die Entscheidung des Gerichtes zur Rechtmäßigkeit der Kündigung steht noch aus.

- Als ich die Lügen der Klageerwiderung aufdeckte und zum Gegenstand einer Dienstaufsichtsbeschwerde bei der Landrätin gegen den Bürgermeister machte, kündigte mir der Stadtrat ein zweites Mal fristlos.
- Ich habe mittlerweile Strafanzeige/-antrag gegen Dr. Ruthemeyer, die Aufsichtsratsmitglieder und gegen Unbekannt wegen Verleumdung und aller in Betracht kommender Delikte, insbesondere versuchten Prozessbetrugs gestellt. Nun versucht die Staatsanwaltschaft ganz offensichtlich das Verfahren abzubügeln: bereits zwei Mal hat sie es unter abstrusen Gründen eingestellt:
 1. Den ersten Einstellungsversuch begründete die Staatsanwaltschaft damit, indem sie meine Anzeige als verfristet bewertete. Die Berechnung der Verfristung war jedoch auf den ersten Blick falsch, denn das Fristende sollte auf einem Samstag gelegen haben, was grundsätzlich ausgeschlossen ist, das Fristende liegt dann auf dem darauffolgenden Montag, an ich die Anzeige erstattet hatte. Nun ist es kaum vorstellbar, dass die Staatsanwaltschaft bei der Berechnung der Verfristung nicht auch standardmäßig den Wochentag berücksichtigt.

Als meine Rechtsanwältin vor diesem Hintergrund in der Geschäftsstelle anrief, war ihrem Gesprächspartner der Fall sofort präsent. Er schilderte ihr, dass es zwar richtig sei, dass normalerweise die Geschäftsstelle die Fristen berechne, in diesem Fall könne er dazu aber nichts sagen, weil der Oberstaatsanwalt diese Frist selbst berechnet habe. Auch die Einstellung war vom Oberstaatsanwalt selbst unterzeichnet.

Auch etwas anderes war merkwürdig. Ich hatte die Strafanzeige/-antrag gegen den Bürgermeister, die Mitglieder des Aufsichtsrates und gegen Unbekannt gestellt. Eingestellt wurde aber nur gegen den Bürgermeister. Der vermeintliche Einstellungsgrund „Verfristung“ hätte aber zweifellos für alle Beschuldigten gleichermaßen gegolten.

Auf Beschwerde meiner Rechtsanwältin hin, wurden die Ermittlungen zunächst wieder aufgenommen. Die Rücknahme der Einstellung und die Wiederaufnahme der Ermittlungen kam in dünnen Worten, ohne jede Begründung und war nicht vom Oberstaatsanwalt unterschrieben.

2. Beim zweiten Einstellungsversuch werden mehrere Gründe angeführt, alle ebenso abstrus:
 - In Bezug auf die Verleumdungen im Rahmen der Nichtwiederwahl wird behauptet, dass diese länger als drei Monate zurückliegen und deshalb nicht mehr verfolgt werden können. Das ist falsch, denn es kommt allein auf den Zeitpunkt der Kenntnis über Tat und Täter an. Diese Kenntnis habe ich erst durch die Klageerwiderung im Rahmen

des Zivilrechtsverfahrens erhalten und fristgerecht angezeigt. Deshalb wurde ja der erste Einstellungsversuch zurückgenommen.

- In Bezug auf die vor Gericht vorgetragenen Lügen schreibt der Oberstaatsanwalt: „gemäß § 193 Strafgesetzbuch ist eine Bestrafung wegen solcher Delikte bereits ausgeschlossen, wenn der Täter in „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ gehandelt hat.

Der § 193 StGB ist zwar richtig zitiert, gilt aber nur für Beleidigungen wie z.B. die Beurteilung meiner Leistungen (z.B. sie ist ungeeignet), nicht aber für Verleumdungen (falsche Tatsachenbehauptungen). Grob ausgedrückt: die Beklagte darf ihre Rechtsposition polemisch, unnötig scharf, mit übertriebenen Äußerungen, starken, eindringlichen Ausdrücken und sinnfähigen Schlagworten unterstreichen, sie darf sich ihre Rechtsposition aber nicht zusammenlügen. Die Klageerwiderung war voll von Beleidigungen. Ich habe aber bewusst darauf verzichtet, diese Beleidigungen anzuzeigen, gerade um der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit zu nehmen, sich auf den § 193 StGB zu berufen. Angezeigt habe ich nur falsche Tatsachenbehauptungen in Form der Verleumdung bzw. übler Nachrede.

- Ähnlich begründet die Staatsanwaltschaft auch, dass sie meine Anzeige in Bezug auf den versuchten Prozessbetrug nicht weiterverfolgen will: bei den Gründen zu meiner Nichtwiederwahl handele es sich um Werturteile über meine Tätigkeit und diese seien dem Straftatbestandes des Prozessbetruges nicht zugänglich. Auch das ist falsch. Zwar ist es zulässig, meine Tätigkeit subjektiv zu bewerten, aber es ist nicht zulässig, falsche Tatsachenbehauptungen vor Gericht vorzutragen, um zu erwirken, dass das Gericht vermögensnachteilige Verfügungen zu meinen Lasten trifft. Dass aber ist hier der Fall.

Im Schriftsatz zur zweiten Einstellung deutet der Oberstaatsanwalt bereits an, dass das Verfahren auch auf den Privatklageweg verwiesen werden könnte. Hier würde der politische Skandal zum Justizskandal, denn aus meiner Sicht kann das öffentliche Interesse nicht bestritten werden, wenn ein Bürgermeister planvoll und zielgerichtet im Amt lügt und diese Lügen auch vor Gericht vortragen lässt.

Die CDU hat hier ihren Markenkern auf das Größte verletzt: Belohnung von Leistungsträgern, Anstand und ein christliches Weltbild – keine Spur davon! Sie hat mir, eine exzessiv leistungsbereite und herausragend erfolgreiche Leistungsträgerin nicht mit der Wiederwahl belohnt; sie hat über mindestens 6 Monate ein Kesseltreiben veranstaltet, das mich krank gemacht hat; sie hat mir meine grundlegenden Rechte wie ein Zeugnis, die Auszahlung von Urlaubs- und Überstundenansprüchen und die Nennung des Kündigungsgrundes vorenthalten; sie hat mit infamen Lügen meine Karriere und meine wirtschaftliche Existenz vernichtet; sie hat die Ausgrenzung meiner Lebensgefährtin nicht bestritten, aber als irrelevant in Bezug auf das Arbeitsverhältnis bezeichnet, obwohl sie sich in der Stellenausschreibung ausdrücklich einen Geschäftsführer gewünscht hat, der sich in die Stadtgesellschaft integriert und die Geschäftsführung nicht als Job, sondern als Berufung

betrachtet und sie hat all die Hilferufe überhört, die ich wegen meiner Lebensgefährtin, die aufgrund der Ausgrenzung an schweren Depressionen litt, an sie sandte.

Das Verhalten der CDU und insbesondere des Bürgermeisters widerspricht jeder Vernunft und ist stark rituell geprägt. Der Bürgermeister geriet emotional so außer Kontrolle, dass er unter dem Risiko seines eigenen Amtsverlustes mitten im Kommunalwahlkampf 2020 planvoll und zielgerichtet Lügen in die Welt setzte, um mich, eine herausragend erfolgreiche Geschäftsführerin aus dem Amt zu drängen. Als er damit erfolgreich war, ließ er es damit nicht genug sein, obwohl ich zu einem Vergleich bereit war, in dem ich nur forderte, was mir ohnehin zustand (Zeugnis, Auszahlung von Urlaubs- und Überstundenansprüchen) und bereit war zuzusichern, dass ich meine Misogynie- und Homophobie-Vorwürfe nicht pressewirksam wiederholen würde. Er aber bestand darauf, dass ich meine Vorwürfe zurücknahm und trieb mich so auch noch in eine öffentliche, gerichtliche Auseinandersetzung, in der er seine Lügen proaktiv erneut vortragen ließ und weitere hinzufügte. Auch als ich diese Lügen entlarven und beweisen konnte, lenkte er nicht ein, trieb mich in die Strafanzeige/den Strafantrag und bringt damit nun auch noch die Staatsanwaltschaft in die Bredouille.

Ich habe mich bereits vielfach um Hilfe an die CDU gewandt: an Annegret Kramp-Karrenbauer, an Jens Spahn, an Ina Scharrenbach und dreimal an Armin Laschet (vor der drohenden Nichtwiederwahl, bevor ich mich gezwungen sah, den Klageweg gegen die Kündigung zu bestreiten und bevor ich mich gezwungen sah, Strafanzeige/-antrag zu stellen). Mein Schreiben an Sie ist nun der letzte Hilferuf.

Meine Geschichte zeigt, wie Misogynie, Homophobie und Rassismus in dieser Region heute noch funktionieren und verankert sind – und das nicht an den Rändern der Gesellschaft, sondern in der Mitte der Gesellschaft, in einem Stadtrat und im Amt des Bürgermeisters. Ich habe wirklich alles versucht und denke nun ernsthaft darüber nach, mich an die überregionale Presse zu wenden.

Ich habe die Geschehnisse mittlerweile in vielen facebook-Posts veröffentlicht und gesellschaftspolitisch eingeordnet. Den Zugang finden Sie [hier](#), jeweils am Ende finden Sie den Link zum nächsten Post.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Monika Dobberstein

Von: monika.dobberstein@gmx.de <monika.dobberstein@gmx.de>

Gesendet: Mittwoch, 31. August 2022 20:12

An: 'ministerpraesident@stk.nrw.de' <ministerpraesident@stk.nrw.de>

Cc: 'josefine.paul@landtag.nrw.de' <josefine.paul@landtag.nrw.de>; 'mona.neubaur@landtag.nrw.de' <mona.neubaur@landtag.nrw.de>; 'poststelle@jm.nrw.de' <poststelle@jm.nrw.de>

Betreff: Ihre Regierungserklärung

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

in Ihrer heutigen Regierungserklärung haben Sie gesagt:

"Diskriminierung und Gewalt gegen queere Menschen treten wir konsequent entgegen und zeigen Null Toleranz gegen alle Formen gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit."

Wenn Sie das ernst meinen, dann sorgen Sie zusammen mit Ihrem Justizminister doch bitte endlich, endlich dafür, dass öffentliche Klage gegen den Soester Bürgermeister Dr. Ruthemeyer, die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen Anne Richter und ggf. gegen weitere (Aufsichts)Ratsmitglieder erhoben wird. Es ist längst erwiesen, dass

Dr. Ruthemeyer im Amt log, um mich, eine offen lesbisch lebende Frau trotz meiner herausragenden Leistungen aus dem Amt der Geschäftsführerin einer kommunalen Gesellschaft zu drängen und dass er diese Lügen vor Gericht wiederholen ließ. Der Aufsichtsrat ließ vor Gericht zudem weitere Lügen hinzufügen.

Trotzdem wurde meine Strafanzeige vom 9.8.2021 bereits zwei Mal unter abstrusen Begründungen eingestellt und wird nun seit dem 16.11.2021, also seit 9 ½ Monaten von der Generalstaatsanwaltschaft verschleppt. Eine öffentliche Klage könnte meinen Ruf zumindest in Teilen wieder herstellen und ich bekäme vielleicht auch wieder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Heute habe ich diese Chance nicht. Ich lebe seit mehr als zwei Jahren von meinen Ersparnissen und werde schnell für den Rest meines Lebens verarmen.

Meine Lebensgefährtin hat in Soest besonders schwere misogyne, homophobe und rassistische Diskriminierungen erfahren. Seitdem kann sie nicht mehr schlafen und nicht mehr arbeiten, ihre Haut an Kopf und ihren Händen ist offen, ihre Magenschleimhaut entzündet. Sie ist depressiv und suizidgefährdet.

Dieses Land hat jedes Versprechen an mich und meine Lebensgefährtin gebrochen: das Versprechen eines christlichen Menschenbildes, das Aufstiegsversprechen, das Versprechen auf Chancengleichheit, den Mythos der Leistungsgesellschaft, das Versprechen auf Rechtssicherheit. Letzteres ist das schlimmste, denn der Rechtsstaat, der mich schützen sollte, erklärt mich für vogelfrei:

In diesem Land ist es offenbar erlaubt, mir durch Verleumdungen meine Karriere, meine wirtschaftliche Existenz und mir und meiner Lebensgefährtin die Gesundheit zu nehmen. Politik, Presse und Justizbehörden decken das und die Täter in ihren eigenen Reihen. Es ist also nicht der Rand der Gesellschaft, sondern das Herz der demokratischen Institutionen, das verantwortlich ist.

In Ihrer Regierungserklärung heute haben Sie ganz anderes versprochen. Setzen Sie es doch bitte auch um!

Das zentrale Schreiben an die Staatsanwaltschaft lege ich Ihnen noch einmal bei. Ich lege Ihnen zudem eine thematisch aufbereitete Zusammenfassung der ganzen Geschichte bei.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Monika Dobberstein

Von: monika.dobberstein@gmx.de <monika.dobberstein@gmx.de>

Gesendet: Freitag, 16. September 2022 17:13

An: 'herbert.reul@cdu.nrw' <herbert.reul@cdu.nrw>; 'Herbert.Reul@landtag.nrw.de' <Herbert.Reul@landtag.nrw.de>

Betreff: Bitte um Hilfe: Homophobie eines Bürgermeisters und Stadtrates

Sehr geehrter Herr Minister,

Sie haben sich in den letzten Tagen sehr gegen Homophobie eingesetzt. Homophobie ist aber nicht nur ein Problem der gesellschaftlichen Ränder, sondern auch der Mitte, sogar der demokratischen Institutionen selbst – wie in meinem Fall.

Es ist offensichtlich - ich bin nicht von körperlicher Gewalt bedroht, wurde nicht totgeschlagen wie Malte C. und trotzdem ist meine Geschichte ernst: Die misogynen und homophoben Lügen des Soester Bürgermeisters haben mir meinen Ruf, meine Karriere und meine wirtschaftliche Existenz genommen. Ich habe heute in Deutschland keine Chance mehr auf einen Job, verarme und werde schnell auch mein Elternhaus verlieren. Meine Lebensgefährtin hat nach den misogynen, homophoben und rassistischen Diskriminierungen, die wir von Soester Ratsmitgliedern erfahren haben, schwere Depressionen, kann nicht mehr arbeiten und schlafen, hat offene Haut am Kopf und an den Händen und ist suizidgefährdet.

Ich habe mich in den letzten zwei Jahren vielfach um Hilfe an die Parteispitzen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie verschiedene Mitglieder der Landesregierung (Laschet, Wüst, Scharrenbach, Limbach, Paul, Neubaur) um Hilfe gewandt. Offenbar möchte aber niemand das Thema anfassen.

Auch wenn Sie als Innenminister nicht unmittelbar zuständig sind, vielleicht sind Sie ja trotzdem der Richtige, vielleicht haben Sie das notwendige Standing und die notwendige Geradlinigkeit, die Landesregierung dazu zu bewegen, auch einen langjährigen, erfolgreichen CDU-Bürgermeister und eine Grüne Fraktionsvorsitzende ohne Ansehen der Person und der Parteizugehörigkeit strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Hier meine Geschichte in aller Kürze:

Ich war die Geschäftsführerin der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH. Durch planvolle und zielgerichtete Lügen erreichte der Bürgermeister, dass ich, eine offen lesbisch lebende Frau, trotz meiner herausragenden Leistungen nicht wiedergewählt werden sollte. Die Lügen bedienten die misogynen und homophoben Stereotype des Mannweibes und der Kampfllesbe - aggressiv, proletenhaft, nicht bürgerlich - und waren vielleicht gerade deshalb so erfolgreich.

Am Tag, als meine bevorstehende Nichtwiederwahl vom (Aufsichts)Rat an die Presse durchgestochen wurde und ich davon ausgehen musste, dass die Presse auch Kenntnis über Verleumdungen hatte, die mir als Gerüchte zugetragen worden waren, sah ich mich gezwungen, der Presse zuvor zu kommen und ein langes, differenziertes Interview zu geben, in dem ich in einem Satz meiner Überzeugung Ausdruck verlieh, dass auch Misogynie und Homophobie eine gewichtige Rolle gespielt hatten. Daraufhin kündigte mir der Stadtrat fristlos: dies sei eine boshafte, ehrverletzende falsche Tatsachenbehauptung.

Das Landgericht hat meine Klage gegen die fristlose Kündigung abgewiesen, ohne jedoch die Verleumdungen sowie weitere Pflichtverletzungen des Bürgermeisters und ggf. weiterer (Aufsichts)Ratsmitglieder in seiner Sachverhaltsdarstellung auch nur zu erwähnen und hat nicht in Abwägung gebracht, dass erst die Verleumdungen und die Durchstechereien der (Aufsichts)Ratsmitglieder an die Presse in den Tagen, Wochen und Monaten vor dem Wahltermin mich in die Notlage brachten, in der ich glaubte, mich nicht mehr anders zur Wehr setzen zu können, als selbst an die Öffentlichkeit zu gehen. Durch das Weglassen der Verleumdungen schützte das Landgericht den Bürgermeister und die Mitglieder des Aufsichtsrates vor der gerichtlichen Feststellung ihrer Lügen und vor politischen Konsequenzen. Ich bin deshalb der Überzeugung, dass hier nicht nur ein Urteil auf der Basis einer fehlerhaften Abwägung gefällt wurde, sondern auch das Recht gebeugt wurde.

Ich habe vor mehr als 13 Monaten auch Strafanzeige wegen Verleumdung und versuchten Prozessbetrugs gegen den Bürgermeister und die Aufsichtsratsmitglieder erstattet. Die

Staatsanwaltschaft versucht jedoch immer wieder mit abstrusen Begründungen, das Strafverfahren einzustellen und verschleppt es nun seit dem 16.11.2021.

Ein gesamter Stadtrat hat sich – ohne Ausnahme – moralisch und politisch demaskiert, hat alle Hemmungen fallen gelassen und bis zur Strafbarkeit gelogen, um uns aus der Soester Stadtgesellschaft zu jagen. Ein gesamter Stadtrat hat uns gezeigt, dass wir keine Chance in dieser Gesellschaft bekommen - egal wie sehr wir uns im Leben anstrengen, egal wie viel wir in unsere Bildung investiert haben, egal wie exzessiv unsere Leistungsbereitschaft und wie groß unsere Erfolge sind, egal wie freundlich wir sind.

Der Soester Bürgermeister an vorderster Front und seine Helfer haben den Markenkern der CDU auf das Größte verletzt: das Aufstiegsversprechen, das Versprechen auf Chancengleichheit, den Mythos der Leistungsgesellschaft, ein christliches Menschenbild, das Versprechen auf einen Rechtsstaat – letzterer Vertrauensbruch ist der schlimmste, denn ich fühle mich vogelfrei. In diesem Land dürfen Vertreter dieses Staates offenbar den Grundsatz der Rechtmäßigkeit der Verwaltung missachten, im Amt und vor Gericht planvoll und zielgerichtet lügen, mir so alles nehmen und werden in diesem Tun durch die Politik, die Presse und die Justiz geschützt und müssen nicht einmal Angst vor strafrechtlicher Verfolgung haben.

Ich wünsche mir, nein, ich erwarte nicht viel, eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit, dass die Generalstaatsanwaltschaft ohne Ansehen der Person und der Parteizugehörigkeit endlich ihren Job macht und wegen der längst bewiesenen Verleumdungen und des versuchten Prozessbetruges endlich öffentliche Klage gegen den Soester Bürgermeister (CDU), die Vorsitzende des Aufsichtsrates (Bündnis 90/ Die Grünen) und ggf. weitere (Aufsichts)Ratsmitglieder erhebt, die im Amt und vor Gericht logen, um eine offen lesbisch lebende Frau trotz ihrer herausragenden Leistungen aus dem Amt der Geschäftsführung einer kommunalen Gesellschaft zu drängen. Ich möchte einfach mein Vertrauen in den Rechtsstaat zurückgewinnen.

Die Generalstaatsanwaltschaft ist dem Justizminister weisungsgebunden und damit der Regierung, der Sie angehören. Deshalb bitte ich Sie, in der Landesregierung eine Meinungsbildung herbeizuführen, dass die Staatsanwaltschaft endlich, endlich öffentliche Klage erhebt.

Ich lege Ihnen bei

- das Kapitel aus der Zivilklage über die Homophobie, die meine Lebensgefährtin und ich mit den Soester Ratsmitgliedern erfahren haben,
- die Aufbereitung der gesamten Geschichte und
- wegen welcher Verleumdungen ich Strafanzeige erstattet habe.

Wenn Sie dies wünschen, bin ich selbstverständlich bereit, Ihnen die gesamten Gerichtsakten zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Monika Dobberstein

Nachtrag: Herbert Reul hat diese Schreiben offenbar ernst genommen. Wenige Tage darauf ist er für eine Werbekampagne nach Soest gefahren, ein Termin, den er genauso gut in Düsseldorf hätte machen können. Er hat dort mindestens Dr. Ruthemeyer getroffen. Passiert ist danach aber leider nichts.

Herbert Reul eröffnet landesweite Kfz-Aktion in Soest

Erstellt: 26.09.2022, 22:00 Uhr

Von: [Achim Kienbaum](#)

 Kommentare



„So geht das, Herr Minister!“ Zum offiziellen Start der Aktion „Licht-Test 2022“ kam Herbert Reul (vorne links) ins Soester Ford-Center am Schloitweg und ließ sich dort auch zeigen, wie die Beleuchtung eines Fahrzeugs in kurzer Zeit perfekt eingestellt

Anmerkung: Eine Zeitlang hielt die CDU aber sichtbar Abstand zu Dr. Ruthemeyer. Das war in etwa zur gleichen Zeit, als Ruthemeyer sich einen Strafrechtsanwalt nahm und die Strafanzeige ernst nahm.

Ich habe dieses Abstand halten, in einer Email an den Rat dokumentiert:

Von: monika.dobberstein@gmx.de [<mailto:monika.dobberstein@gmx.de>]

Gesendet: Sonntag, 14. August 2022 15:10

An: harald.blankenhahn@gmx.de; kappelhoff@hagengoebel.de; christian.eckhoff@gruene-soest.de; swetlana.strothkamp@icloud.com; steffideitermann@hotmail.com; andrehaensch@t-online.de; henningschulze.soest@t-online.de; brueggemann.helena@gmail.com; Mewes.Manuela64@gmail.com; christiane.mackensen@gmx.de; verena.bense@gruene-soest.de; ingodietscheidt@aol.com; lemke-dirk@t-online.de; ulrich.dellbruegger@t-online.de; radek-lesniak@unitybox.de; andreasjanning@gmx.net; h.u.koch@helimail.de; ham.soest@web.de; daniel02stricker@gmail.com; daniel02stricker@gmail.com; stefan.rienhoff@gmx.de; michael.burges@fdp-soest.de; peter.schween@fdp-soest.de; anneliese.richter@web.de; christian.eckhoff@gruene-soest.de; norbert.hurtig@gruene-soest.de; birgit.davidian@gruene-soest.de; tim.neumann@gruene-soest.de; karin.liedmann@web.de; werner.liedmann@gruene-soest.de; jutta.maybaum@gmx.de; andrea.klose-kremp@gruene-soest.de; norbert.hurtig@web.de; seyitali.yildirim@yahoo.de; winfried.hagenkoetter@die-linke-soest.de; iris.fenzlein@die-linke-soest.de; heldtm@t-online.de; sven@sladek-edv.de; w.raubaum@helimail.de; bernhard.michel@mail.de; lavinia.haupt@rub.de; mehmet.tavus@freenet.de; luca.beard@gmx.de; bunkea@t-online.de; fam-wollny@t-online.de; roland.maibaum@t-online.de

Betreff: Interview des Bürgermeisters

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

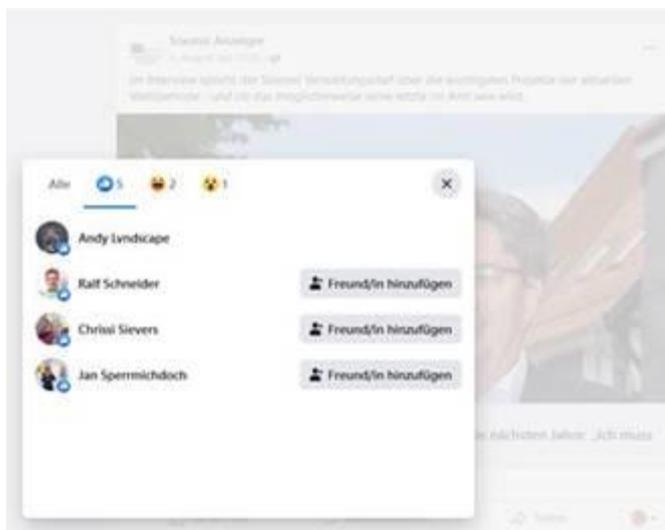
in dieser Woche sind mir einige sehr interessante Entwicklungen aufgefallen:

Zuerst ein Interview im Soester Anzeiger mit dem Bürgermeister,

- dessen Überschrift sich für mich wie eine Vorwärtsverteidigung liest: „**Ich muss mir nichts mehr beweisen**“, für meine Ohren klingt darin auch mit „Ich muss mich vor niemandem mehr rechtfertigen“. Mir vermittelt das den Eindruck, dass das Gegenteil richtig ist, dass der Bürgermeister unter Druck steht und von ihm verlangt wird, sich zu rechtfertigen;



- das niemand aus seinem Umfeld geliked und/oder geteilt hat. Nicht einmal die CDU hat es auf ihrer facebook-Seite geteilt. Ist die CDU nicht mehr stolz auf die Erfolgsbilanz ihres Bürgermeisters?



- in dem der Bürgermeister unter anderem sagt: „**die Netzwerke, auch in Bund und Land, die in dieser Zeit aufgebaut wurden – das wird sowohl in der Bürgerschaft als auch im Rat geschätzt.**“

Gilt das tatsächlich noch? In diesem Zusammenhang ist mir in dieser Woche auch aufgefallen, dass zwei Förderbescheide des Landes in einem Wert von zusammen immerhin 6,5 Mio. € erteilt wurden,

- aber die Ministerin Scharrenbach nicht nach Soest gekommen ist, um diese zu übergeben,
- die Stadt ein Foto gepostet hat, dass zunächst einmal den Eindruck vermittelt, dass die Ministerin in Soest war. Nur wer in den Artikel klickt und dort auch noch die Bildunterschrift liest, stellt fest, dass es sich um ein Archivbild handelt.



Land sagt 703.000 Euro für Sanierung des Hauptspielfeldes einschließlich der Laufbahn im Jahn-Stadion fest zu

11.08.2022

Was lange währt wird nun auch gut. Wie der heimische Landtagsabgeordnete Heinrich Frieling nun der Stadt Soest mitteilen konnte, erhalten die Soester in Kürze vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Digitalisierung den Förderbescheid zur Sanierung des Hauptspielfeldes einschließlich der Laufbahn im Jahnstadion.

Dazu erklärt Frieling: "Nachdem auch die Nachqualifizierung des Soester Antrags erfolgreich war, herrscht nun Gewissheit. Für die angestrebten Sanierungsmaßnahmen im Jahnstadion erhält die Stadt Fördermittel in Höhe von 703.000 Euro. Da der Bund seinen Finanzierungsanteil von 75 auf nunmehr 50 Prozent abgesenkt hat, erhöht das Land Nordrhein-Westfalen seine eigene Förderquote auf 40 Prozent - so bleibt es unter dem Sockel für die Stadt Soest dabei, dass 90 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten übernommen werden. Das Land honoriert damit die hervorragende Planungsarbeit der Soester zur Errichtung eines zentralen Sportleistungszentrums im Jahnstadion."



Bürgermeister Dr. Eckhard Ruffenmeyer, Landtagsabgeordneter Heinrich Frieling und Kommunalministerin Ina Scharrenbach, hier am Rande eines Besuchs im Stadteihaus Soester Süden, haben mit der Förderzusage für die Sanierung des Jahnstadions erneut gute Neuigkeiten zu vermelden.

Auch dieser Artikel wurde nur von einem CDU-Mitglied geliked und nicht auf der facebook-Seite der CDU geteilt.



- Heinrich Frieling Fördergelder in Höhe von 5,8 Mio. € vermeldet und neben ihm nicht der Bürgermeister, also der Vertreter der Empfängerin, steht, sondern die Partei- und der Fraktionsvorsitzende der CDU.



Dieser Post hat übrigens 47 Likes. Zur Erinnerung: das Interview des Bürgermeisters hatte nur 4 Likes!!! - trotz des viel größeren Verteilers über den Soester Anzeiger (Frieling: 1.300 Follower, Soester Anzeiger: 34.000 Follower).

Mir scheint, dass der CDU-Ortsverband, die CDU-Mitglieder und die Ministerin Scharrenbach Abstand zum Bürgermeister wahren.

Ich kann mir auch wirklich nicht vorstellen, dass der Ministerpräsident in geradezu euphorischer Stimmung vor 1,2 Mio. Besucher*innen den CSD in Köln eröffnet, aber die Ministerin Scharrenbach sich mit einem Bürgermeister ablichten lässt, gegen den ein Strafverfahren läuft, weil er im Amt log und vor Gericht lügen ließ, um eine offen lesbisch lebende Frau - trotz ihrer herausragenden Leistungen - aus dem Amt zu drängen. Nicht im Jahr 2022!

Schon als Hendrik Wüst in seinem Wahlkampf in Soest war, ist mir aufgefallen, dass der Bürgermeister nicht mit auf der Bühne stand, sondern nur davor. Es wurden auf CDU-Seiten auch keine Fotos von der Veranstaltung gepostet, auf denen der Bürgermeister mit dem Ministerpräsidenten zu sehen war.

Ähnliches gilt im Übrigen auch für Bündnis 90/ Die Grünen. Anders als noch im Kommunalwahlkampf 2020, als mehrere Spitzenpolitiker*innen in Soest waren, um die Bürgermeisterkandidatin Richter zu unterstützen (Neubaur, Haßelmann, Göring-Eckert), war

im Landtagswahlkampf 2021 niemand vom Spitzenpersonal mehr in Soest. Nur Arndt Klocke machte eine Wahlkampfveranstaltung, ließ sich auf dieser aber auch nicht mit Anne Richter fotografieren.

Nach meiner Einschätzung ist es vorbei, schon längst.

Dass es mehr als zwei Jahre dauerte, bis sich diese Erkenntnis durchsetzt, ist erschreckend. Unfassbar ist es für mich noch immer, dass - als ich aus der Klageerwiderung von all den Lügen erfuhr und diese entlarvte - die Ratsmitglieder nicht den Bürgermeister zur Verantwortung zogen, sondern mir ein zweites Mal fristlos kündigten. Das war eine kollektive Realitätsverweigerung.

Dass es überhaupt so weit kam, daran trägt Roland Maibaum eine wesentliche Mitschuld. Er erfüllte dem Bürgermeister einen großen Wunsch, als er seine Fraktionsmitglieder drängte, mich nicht wiederzuwählen. Warum er das tat, wird wohl auf ewig sein Geheimnis bleiben, nicht jedenfalls, weil er den Blödsinn mit der vermeintlich schlechten Mitarbeiter*innenführung glaubte – der war vor dem Wahltermin längst entlarvt. Dass die SPD-Fraktionsmitglieder sich die Nichtwiederwahl schön redeten, indem sie sich sagten, dass sie mich nur so vor meiner Zerstörung durch die CDU schützen könnten, dass sie auch in der Folge alles mitmachten – 2-fache fristlose Kündigung, Verweigerung eines angemessenen Zeugnisses und der Auszahlung von Urlaubs- und Überstundenansprüchen – das bleibt eine Schande für die SPD.

Ähnliches gilt auch für Anne Richter und Bündnis 90/ Die Grünen. Sie hatten den Vorsitz des Aufsichtsrates und hätte die Geschicke dieser Geschichte in andere Bahnen lenken können. Aber das tat sie nicht. Sie hat mindestens alles mitgetragen und ist bereit, alles nach Außen zu verantworten: Sie ist im Besonderen für die unselige Klageerwiderung und das vernichtende Zeugnis, das ihre Unterschrift trägt. Und sie war bekanntlich eine wesentliche Trägerin der Misogynie, Homophobie und des Rassismus.

Nach meiner Einschätzung ist es vorbei, schon längst. Vielleicht haben das noch zu wenige Ratsmitglieder verstanden oder es findet sich noch niemand, der den Mut hat, den Betroffenen zu sagen, dass es vorbei ist und sie ihre Ämter räumen müssen oder es wird vorher noch nach Nachfolger*innen gesucht. Aber die Erkenntnis, dass es vorbei ist, wird sich nun durchsetzen, da bin ich zuversichtlich.

Für mich kommt das zu spät, ich werde keine Chance auf dem Arbeitsmarkt mehr bekommen und dennoch wird es eine psychische Erleichterung für mich und meine Lebensgefährtin sein, wenn diejenigen, die unser Leben zerstört haben, endlich, endlich nicht mehr im Amt sind. Sie fallen – im Gegensatz zu mir – weich.

Den Soester*innen ist zu wünschen, dass nicht nur der Bürgermeister stürzt, sondern sich nach 22 Jahren Amtszeit von Dr. Ruthemeyer alle Parteien von Grund auf erneuern. 2022 ist die Welt eine andere.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Monika Dobberstein

Anmerkung: Seitdem die Klage gegen die Kündigung abgewiesen und das Strafverfahren eingestellt ist, zeigen sich Landespolitiker allerdings wieder mit Dr. Ruthemeyer. So besuchte Liminski das Frühlingsfest der CDU in Soest und Ina Scharrenbach nahm an Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum teil.

Am 7.10.2024 bekam der Bürgermeister den Ehrenring der Stadt verliehen für seine 25-jährige Tätigkeit als Bürgermeister. Im vollem Wissen darum, wer der Bürgermeister ist und was ihn ausmacht, reiste Ina Scharrenbach für diese Veranstaltung an. Ina Scharrenbach hat detaillierte Kenntnisse der Prozessakten, da sie in der letzten Legislaturperiode Ministerin für Gleichstellung war und immer noch zuständig für die Kommunalaufsicht ist. Aus einer Formulierung des Petitionsausschuss vermute ich, dass es auch im Rahmen meiner Petition eine Stellungnahme aus ihrem Haus heraus gab.

Große Überraschung am Abend: Bürgermeister Ruthemeyer wird große Ehre zuteil

08.10.2024, 21:18 Uhr
Von: Daniel Schröder

 Kommentare

 Drucken

